

8. Einberufung der Jagdgenossenschaftsversammlung sowie Zustimmung zur Satzung der Jagdgenossen; Informationsvorlage

Sachverhalt:

Nach den Bestimmungen des Jagdrechts bilden alle Grundflächen einer Gemeinde, die nicht zu einem Eigenjagdbezirk gehören, einen gemeinschaftlichen Jagdbezirk, wenn sie im Zusammenhang mindestens 150 ha umfassen. Zusammenhängende Grundflächen von mindestens 75 ha jagdlich nutzbarer Fläche bilden einen Eigenjagdbezirk.

Die Eigentümer der Grundflächen, die zu einem gemeinschaftlichen Jagdbezirk gehören, bilden eine Jagdgenossenschaft. Eigentümer von Grundflächen, auf denen die Jagd nicht ausgeübt werden darf, gehören der Jagdgenossenschaft nicht an. Die Jagdgenossenschaft ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Sie hat nach den gesetzlichen Vorschriften eine Satzung aufzustellen. Aufgrund des neuen Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes (JWMG) vom 25.11.2015 (GBl. S. 550), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.6.2020 (GBl. S. 421), und der Verordnung des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur Durchführung des Jagd- und Wildtiermanagementgesetzes (DVO JWMG) vom 2.04.2015 (GBl. S. 202) muss die bestehende Satzung der Jagdgenossenschaft grundlegend überarbeitet werden.

Aus diesem Grunde ist eine Versammlung der Jagdgenossen einzuberufen. In dieser Versammlung sollte der in der Anlage beigefügte Satzungsentwurf als Satzungsänderung beschlossen werden. Der Satzungsentwurf lehnt sich an die vom Gemeindetag herausgegebene Mustersatzung an. Der vorliegende Entwurf geht davon aus, dass der Gemeinderat – wie bisher - mit der Verwaltung der Jagdgenossenschaft betraut wird. Allerdings kann die Verwaltung der Jagdgenossenschaft nach der neuen Regelung in § 15 Abs. 7 Satz 1 JWMG längstens für die Dauer der gesetzlichen Mindestpachtzeit (diese beträgt 6 Jahre gemäß § 17 Abs. 4 Satz 2 JWMG) dem Gemeinderat mit dessen Zustimmung übertragen werden. Eine erneute Übertragung auf den Gemeinderat ist jeweils nur nach entsprechender Beschlussfassung in einer Jagdgenossenschaftsversammlung möglich. Gegenüber der bestehenden Satzung wurden die Regelungen, dass der Reinertrag aus der

Jagdnutzung der Gemeindeverwaltung zur Verfügung gestellt wird und dass der Gemeinderat selbst die Jagd ohne erneute Einberufung der Jagdgenossenschaftsversammlung verpachten darf, im neuen Entwurf nicht geändert.

Beschlüsse der Jagdgenossenschaft bedürfen der Mehrheit der anwesenden und vertretenen Jagdgenossen sowie der Mehrheit der bei der Beschlussfassung vertretenen Grundfläche. Zur Bestimmung der Mehrheitsverhältnisse ist die Erstellung eines Jagdkatasters erforderlich. Den Auftrag hierzu erhielt das Vermessungsbüro/Geo-Informationszentrum Schwing & Dr. Neureither aus Mosbach/Mannheim. Aufgabe des Büros war es, den gemeinschaftlichen Jagdbezirk festzustellen, die befriedeten Bezirke abzugrenzen, neue Jagdpläne zu fertigen, die Flächen der Jagdbögen zu berechnen und ein aktuelles Jagdkataster zu erstellen. Außerdem wird das Büro die Jagdgenossenschaftsversammlung fachtechnisch betreuen.

Aufgrund vorstehender Ausführungen ist es erforderlich, eine Versammlung der Jagdgenossen einzuberufen. Als Versammlungstermin wird Mittwoch, der 13.01.2021 um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal vorgeschlagen. Außerdem sollte zugestimmt werden, dass Herr Bürgermeister Metz zum Versammlungsleiter bestimmt und Frau Schneider aus der Gemeindeverwaltung als Schriftführerin bestellt wird.

In der Aussprache im Verwaltungsausschuss monierte GRin Klopsch-Güntner den Hinweis im Satzungsentwurf der Mustersatzung des Gemeindetages (§ 2) auf die ausschließliche Verwendung der männlichen Form. Der entsprechende Paragraph wurde entsprechend im neuen Satzungsentwurf entfernt. Die Verwaltung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Verwendung der männlichen Form in Urteilen und Gesetzen weiterhin die allgemein geübte Praxis ist. Auf den Hinweis zur Existenz weiterer Geschlechter (männlich, weiblich, divers) wird daher auch künftig verzichtet.

Des Weiteren forderte GRin Klopsch-Güntner im § 6 eine Präzisierung zu den gesetzlichen Fristen und zur ortsüblichen Bekanntgabe. Der Hinweis auf die ortsübliche Bekanntgabe in der Bekanntmachungssatzung der Gemeinde Ilvesheim in der Fassung vom 31.07.2020 wurde in den Satzungsentwurf eingefügt.

Im Übrigen empfahl der Verwaltungsausschuss dem Gemeinderat einstimmig folgende formal notwendige Beschlüsse zu fassen:

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat beschließt, die Versammlung der Jagdgenossenschaft Ilvesheim auf Mittwoch, 13.01.2021, um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal einzuberufen.
2. Herr Bürgermeister Metz wird beauftragt, die Tagesordnungspunkte für die Versammlung aufzustellen und auf der Internetseite der Gemeinde sowie im Mitteilungsblatt zu veröffentlichen.
3. Ferner wird zugestimmt, dass Herr Bürgermeister Metz als Versammlungsleiter die Jagdgenossenschaftsversammlung führt und Frau Schneider aus der Gemeindeverwaltung zum Schriftführerin bestellt wird.
4. Dem als Anlage beigefügten Entwurf der Satzung der Jagdgenossenschaft wird zugestimmt.
5. Dem Beschluss der Jagdgenossenschaft, die Verwaltung der Jagdgenossenschaft dem Gemeinderat gemäß den gesetzlichen Regelungen zu übertragen, wird unter der Voraussetzung zugestimmt, dass der vorgelegte Satzungsentwurf ohne inhaltliche Änderungen von der Jagdgenossenschaftsversammlung als Satzung beschlossen wird.
6. Die Aufgaben nach § 11 Nr. 2 und Nr. 3 a)-e) und g)-j) der Satzung werden zur dauernden Erledigung auf den Bürgermeister übertragen.
7. Solange die Verwaltung dem Gemeinderat übertragen ist, erfolgt die Verpachtung der Eigenjagdbezirke der Gemeinde zusammen mit dem gemeinschaftlichen Jagdbezirk.

Scho